

Wir brauchen wirkliche Wahlfreiheit

Die Bildung der großen Regierungskoalition ist ein unwürdiges Schauspiel, das nicht sein müsste, wenn man die demokratischen Maßstäbe anderer Länder anlegt

Was für ein unwürdiges Gerangel um die Kür des Kanzlers und seiner Regierungskoalition! Einstmals wurde der Kanzler vom Kaiser bestimmt. Es gab kein Gezerre unter den Parteien, wer den Kanzler stellen darf. Freilich war dies undemokratisch, rechtfertigte sich aber durch die Gewaltentrennung: Der Kaiser ernannte die Exekutive, das Volk die Legislative, die Justiz war von diesen unabhängig. Seit 1919 wird der Kanzler durch das Parlament gewählt. Genauer: Kanzler wird nur, wer eine Mehrheit des Parlaments hinter sich hat.

Das klingt demokratischer, lässt aber die Gewaltentrennung auf der Strecke. Aus dem Drei-Gewalten-System wird ein Zwei-Gewalten-System, bestehend aus der Verbindung von Regierung und Parlamentsmehrheit einerseits und Justiz andererseits. Ausgeschlossen ist die Parlamentsminderheit. Das Mehr an Demokratie wird durch eine Verengung der Gewaltentrennung erkauft.

Doch diese Konzession an die Gewaltentrennung ist gar nicht erforderlich. Die Amerikaner zeigen uns, wie sich Demokratie und Gewaltentrennung miteinander verbinden lassen: Sie wählen die Exekutive, ihren Präsidenten, durch Wahlmänner, faktisch durch das

Freilich kann es dazu kommen, dass der Kanzler einer anderen Partei angehört als die Mehrheitspartei oder -fraktion im Parlament.

Eine solche Cohabitation gibt es gelegentlich in Frankreich, wenn der Staatspräsident und der Ministerpräsident verschiedenen Parteien angehören. Von Nachtteil ist das nicht so unterschieden haben, bedeutend und Ministerpräsident ideologisch nicht so weit voneinander entfernt stehen, was sich für die Entscheidungsfindung eher von Vorteil als von Nachteil erweisen kann.

Unser jetziges System versagt, wenn es viele Parteien gibt, die sich nicht auf ein gemeinsames Programm festlegen können, oder wenn - wie jetzt - zwei gleich große Parteien die Regierung bilden sollen, von denen keine der beiden Wähler nicht voraussehen kann, welche Parteien zusammen die Regierung bilden, kann er auch nicht rational abstimmen. Kommt es zu einer CDU/CSU/SPD-Koalition, dann sind Stimmen für die Grünen und die FDP verschenkte Stimmen. Doch das kann der Wähler im Voraus nicht wissen. Sie oder er muss daher auf gut Glück wählen.

Das alles entkrampft die politische Gegnerschaft im Parlament. Es gibt mehr Miteinander und weniger Gegeneinander. Sachfragen rücken gegenüber Parteifragen in den Vordergrund. Manchen Betrachtern wird der Unterhaltungswert der scharfen, aber letztlich bedeutungslosen Parlamentsdebatten zwischen der Regierungskoalition und der machtlosen Opposition fehlen. Doch das scheint ver-

schmerzbar.

Andere Kritiker schlagen dagegen vor, in Deutschland das britische Ein-Wahlkreissystem einzuführen. Dieses verdrängt die kleinen Parteien, wo die großen Parteien stark sind. Aber es garantiert nicht ein Zweiparteiensystem, wie die Spiele von Indien und Kanada zeigen, und es beseitigt daher nicht das Problem der Koalitionsbildung. Regional starke Parteien können die großen Volksparteien örtlich verdrängen.

Selbst wo es zu einem Zweiparteiensystem kommt, ist dieses von fragwürdiger Repräsentation. Hinter der derzeitigen britischen Regierung stehen gerade einmal 36,1 Prozent der Wähler. Demgegenüber würde die Volkswahl des Kanzlers deutlich besser abschneiden. Vier Vorteile sind zu nennen: Hinter dem Kanzler stünde mindestens die Hälfte der Wählerstimmen. Es entfielen die Probleme der Bildung einer Koalition und der Ausgrenzung der Opposition. Bei der Parlamentswahl können die Wähler sicher sein, dass ihre Stimme mit ihrem anteiligen Gewicht in den politischen Prozess einfließe. Die drei Staatsgewalten wären voneinander unabhängig. Um diese Vorteile zu erzielen, ist eine Änderung von Artikel 63 des Grundgesetzes, der die Kanzlerwahl regelt, erforderlich. Dies scheint sinnvoll und möglich.



Charles B. Blankart leitet das Institut für öffentliche Finanzen, Wettbewerb und Institutionen an der Humboldt-Universität in Berlin.

setzen, soweit er Mehrheiten im Parlament findet. Dabei wird er sich vorwiegend auf seine Partei stützen. Da er aber von dieser nicht abhängig ist, kann er auch Stimmen aus anderen Lagern sammeln. Somit werden sich die Mehrheitskoalitionen von Fall zu Fall unterscheiden. Auch die Nicht-Kanzlerparteien werden gelegentlich einen Vorschlag durchsetzen können.

Das alles entkrampft die politische Gegnerschaft im Parlament. Es gibt mehr Miteinander und weniger Gegeneinander. Sachfragen rücken gegenüber Parteifragen in den Vordergrund. Manchen Betrachtern wird der Unterhaltungswert der scharfen, aber letztlich bedeutungslosen Parlamentsdebatten zwischen der Regierungskoalition und der machtlosen Opposition fehlen. Doch das scheint ver-